

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

spd/II/57  
Sonderausgabe

Hannover, 20. August 1947  
Telefon: 20951/52

## Großbritannien - von deutschen Sozialisten gesehen Von Dr. Kurt Schumacher

Großbritannien hat sich als Weltmacht und in der Ausstrahlung seiner Bedeutung geändert, ist aber nicht vergangen. Die populäre Vorstellung von den beiden einzigen echten Weltmächten, den USA und der Sowjetunion, vereinfacht die Dinge unzulässig und geht an den Realitäten und den Imponderabilien vorbei.

Eine solche Alternative würde die schwerste Krise der Demokratie bedeuten. In Europa kann die Demokratie nur leben und die Zukunft gestalten, wenn sie sozial offensiv ist. Hier sind die Ideen der Demokratie und des Sozialismus nicht mehr voneinander zu trennen, kann der Sozialismus kulturell und ökonomisch nur leben, wenn er die Frage nach der Freiheit der menschlichen Persönlichkeit positiv beantwortet.

Für die Zukunft ist von größter Bedeutung, ob die Vereinigten Staaten eher erkennen, daß die sozialökonomische Form Europas der Sozialismus ist oder ob die Russen schneller begreifen, daß Europa politisch nur mit den Mitteln der Demokratie, und zwar der eindeutigen Demokratie schlechthin und nicht einer Sowjetdemokratie, Volkedemokratie, Balkandemokratie oder einer sonstigen, sich demokratisch nennenden Spielart des diktatorischen Totalitarismus geformt werden kann.

Dieser Auseinandersetzung können die Völker Europas nicht tatenlos gegenüberstehen. Sie müssen ihre eigene Auffassung von den europäischen Notwendigkeiten den Ansprüchen des Ostens entgegenstellen und die lebensnotwendige amerikanische Initiative zu beeinflussen und zu lenken versuchen.

Europa aber ist ohne Großbritannien nicht denkbar. Die Insel ist von entscheidender Bedeutung gerade durch den großen Versuch, den demokratischen Sozialismus durchzusetzen. Es ist eine europäische Notwendigkeit, daß Labour den Kampf um den Sozialismus gewinnt.

Dabei fühlt man auf dem Kontinent ganz deutlich, daß eine Beschränkung des Erfolges dieses Kampfes auf Großbritannien nicht möglich ist: Hier gibt es keinen "Sozialismus in einem Lande". Die

Weiterführung und Sicherung der sozialistischen Neugestaltung in Großbritannien hängt davon ab, daß auf dem Kontinent im Westen und in Herzen Europas mit den politischen Mitteln der Demokratie sozialistische Formen der Wirtschaft erkämpft und gehalten werden.

Die Solidarität in diesem Kampfe ist die Voraussetzung für seinen erfolgreichen Ausgang. Das heutige Europa hat keine Aussicht ohne Großbritannien. Wir glauben aber, daß Großbritannien, das auch noch andere Interessen und Notwendigkeiten in der Welt zu verteidigen oder in neue Formen zu bringen hat, auch keine Aussichten ohne Europa hat. Von ihm hängt es ab, daß die große Probe auf das Exempel der europäischen Unlösbarkeit von Sozialismus und Demokratie auch abgelegt wird.

Das heißt nicht, daß in Fortsetzung eines überwiegend mechanischen und machtpolitischen Denkens Großbritannien als die stärkste europäische Kraft jetzt etwa die Staaten des Kontinents als Satelliten benutzen sollte oder auch nur könnte. Das wäre ebenso unmöglich wie etwa der Versuch, die deutsche Sozialdemokratie als Werkzeug der Labour-Party zu betrachten. Argwöhnische Kritiker in der Welt diskutieren eifrig solche Möglichkeiten. Sie unterschätzen dabei den Grad der politischen Erkenntnis bei beiden Parteien. Die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der sozialistischen Parteien ist die Voraussetzung für die Durchsetzung des demokratischen Sozialismus in jedem Lande.

Die sozialistische Solidarität in Europa mit Großbritannien als "primus inter pares" wird maßgebend davon abhängen, daß man auf der Insel darauf verzichtet, Europa und sein schwächstes Glied Deutschland als Objekt oder gar als Konkurrent zu betrachten. Ein isoliertes Deutschland wäre ein verwesendes Deutschland, ein permanenter Gefahrenherd. Man weiß, von welcher entscheidender Bedeutung der Export für Großbritanniens Wirtschaft ist. Man weiß aber auch, daß eine Gesundung Deutschlands ohne eine verstärkte deutsche Ausfuhr nicht verwirklicht werden kann. Man muß den Ausgleich zwischen den Exportnotwendigkeiten beider Länder finden. Auch in der Deutschlandpolitik Großbritanniens sollte sichtbar werden, daß das Interesse der einzelnen Exportfirma vorgeht. Für ein Minimum an britischem Nutzen ein Maximum an deutscher Schädigung mit im Kauf zu nehmen, ist keine gute Politik, denn sie wirkt sich nicht nur antibritisch, sondern auch gegen Idee und Praxis der internationalen Zusammenarbeit aus.

Ein Musterbeispiel dafür ist die Tatsache, daß man sich entgegen allen Vorschriften der ökonomischen Vernunft noch nicht von der Politik der Demontagen abgewendet hat. Hier geht Amerika allen anderen weit voraus. Daß es dazu eher instande ist, bleibt unbestritten. Aber die psychologischen Rückwirkungen einer weitergehenden Demontage sind außerordentlich. Es gibt eine Reihe von Industrien, in erster Linie die der Verkehrsmittel und der Zubringerindustrien für die für Deutschland entscheidenden Wirtschaftszweige, wo nicht demontiert, sondern remontiert werden müßte, um die Katastrophe zu vermeiden.

Letzten Endes geht es jetzt darum, bei den Deutschen den Glauben an das englische Wort wiederherzustellen. Dieses Vertrauen ist durch drei Faktoren erschüttert worden. Einmal durch das Feuerwerk um die Kalorien. Hier scheinen die beiden Völker nicht nur verschiedene

Sprachen zu sprechen, sondern auch ein verschiedenes Einmaleins zu benutzen. Zum anderen durch das Zuschieben von Verantwortung an die Deutschen, nachdem man zuerst eine Politik gemacht hat, durch die die Position der sabotierenden Produzenten in Agrar- und Industriewirtschaft gestärkt und die deutschen Behörden entmachtet worden sind. Zum dritten die Zwiespältigkeit und Unentschlossenheit in der Frage der Sozialisierung der schweren Industrien. Wir glauben, wenigstens im großen und ganzen die Gründe für die tatsächliche britische Haltung zu erfüllen. Wir halten sie aber im letzten Grunde nicht für durchschlagend.

Gewiß hat eine Politik der Vorsicht, der Empirie und des bedachtsamen Experimentierens entscheidend dazu geholfen, Großbritannien zu einer Weltmacht zu machen. Aber heute stehen wir in einem Wettlauf der Zeit. Fast jedes Land muß gewisse Aufgaben in bestimmten Fristen, die überall verschieden sind, erledigt haben. Der Drang zur Beschleunigung des Tempos ist da am größten, wo der Zusammenbruch am stärksten ist. Die zögernde und zurückhaltende Politik Großbritanniens gegenüber Europa wirkt sich darum in Deutschland am schwersten aus.

Oft hört man in Deutschland Stimmen, die den Wunsch ausdrücken, daß Großbritannien nicht nur schneller und entschlossener handeln, sondern auch mehr Zutrauen zu sich selbst und seiner Zukunft haben möge. Solche Meinungen werden nicht nur geboren aus den nationalen Sorgen eines Landes, das die britische Hilfe für sich aktivieren möchte. Sie sind im tiefsten Grunde diktiert von der Erkenntnis, daß ein starkes, sozialistisches und demokratisches Großbritannien für Europa und die Welt unverzichtbar ist.

---

#### Linksruck in Lyon

Ergebnisse des sozialistischen Parteitages in Frankreich  
Von unserem G.M.-Mitarbeiter, der als Gast an dem Kongreß teilnahm

Selten wurden die Entscheidungen eines Parteitages mit so großer Spannung erwartet, wie die des Kongresses der Sozialistischen Partei Frankreichs. Die Gründe dafür sind folgende:

Bekanntlich wird die augenblickliche Regierung Frankreichs unter Beteiligung mehrerer sozialistischer Minister von dem Sozialisten Ramadier geführt. Innerhalb der Sozialistischen Partei waren seit langer Zeit Stimmen laut geworden, die von den sozialistischen Ministern und dem sozialistischen Regierungschef eine energischere Haltung als bisher verlangten. Der bisherige Parteikongreß hatte also darüber zu entscheiden, ob die Sozialisten weiterhin in der Regierung bleiben würden oder nicht. Diese Entscheidung ist deswegen so schwierig, weil auch in Frankreich nur die Sozialistische Partei im Augenblick eine Garantie dafür bietet, daß die Politik weder einseitig im Sinne einer Ost-, noch in dem einer Westblockpolitik orientiert wird. Der Kongreß entschied mit überragender Mehrheit, daß eine Einbeziehung der Kommunisten in eine neue Regierung nicht wünschenswert sei. Übereinstimmend wurde von den Rednern aller Tendenzen festgestellt, daß die Kommunistische Partei Frankreichs zu einem gewöhnlichen Instrument der sowjet-russischen Außenpolitik geworden sei und daß aus diesem Grunde eine französische Regierung mit Beteiligung der Kommunisten ihre Entschei-

dungsfreiheit verlieren würde.

Der Parteitag entschied weiter, daß die jetzige Regierung Ramadier an die übrigen Koalitionspartner ein Aktionsprogramm als Forderung für das weitere Verbleiben der sozialistischen Minister aufzustellen habe. Das Programm sieht wesentliche Einschränkungen finanzieller und wirtschaftlicher Freiheiten vor. Die sozialistischen Minister sind weiterhin durch den Kongreß verpflichtet worden, in den Fragen der Politik der französischen Union keinerlei weitere Konzessionen mehr zu machen. Der Parteitag stellte ebenfalls mit großer Mehrheit fest, daß nur der Parteivorstand für letzte Entscheidungen sozialistischer Minister und Parlamentarier maßgebend sei. Das Ergebnis des Parteitages kann als ein Linksruck der Sozialistischen Partei Frankreichs bezeichnet werden, ohne daß man gegenüber den Kommunisten irgend eine Verbeugung gemacht hätte.

Die deutsche Öffentlichkeit wird wahrscheinlich darüber erstaunt sein, daß Salomon Grumbach nicht mehr zum Mitglied des Parteivorstandes gewählt wurde. Die Erklärung dafür ist sehr einfach. Grumbach hatte es abgelehnt, eine der von den verschiedenen Strömungen vorbereitete Resolutionen zu unterzeichnen. Da dann wider Erwarten keine der üblichen Synthesen zwischen den einzelnen Tendenzgruppen zustande kam, ergab sich, daß nur die Unterzeichner der vorbereiteten Resolutionen in den Parteivorstand gewählt wurden. Der neue Parteivorstand setzt sich aus 20 Mitgliedern der sogenannten Linken unter Führung des Generalsekretärs Mollet und 11 Mitgliedern der sogenannten Rechten unter Führung des früheren Generalsekretärs Mayer zusammen. Der Diskussion über die Wiederbelebung der Sozialistischen Internationale war ein halber Kongreßtag gewidmet. Einem vereinzelt angriff gegen die Bemühungen der französischen Delegierten auf der Züricher Konferenz, die deutschen Sozialdemokraten in die Internationale aufzunehmen, antworteten Grumbach, Boutbien und Rivert mit der These, daß eine Internationale ohne SPD nicht möglich sei. Von Schumacher sagte Grumbach: "Mein ganzes sozialistisches Denken sträubt sich dagegen, den Mann und eine Partei von uns fernzuhalten, die selbst die größten Opfer im Kampf gegen den Faschismus gebracht haben". Der Bericht über die Bemühungen der französischen Sozialistischen Partei zur Wiederbelebung der Internationale wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Die innerpolitischen Konsequenzen der Parteitagsbeschlüsse werden in der ganzen Welt mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Schon die nächsten Tage werden zeigen, ob die augenblicklichen Koalitionspartner der Sozialistischen Partei in der Regierung bereit sind, das von den sozialistischen Ministern aufgrund der Kongreßbeschlüsse vorgelegte Aktionsprogramm zu akzeptieren. Der Ministerpräsident Ramadier hielt auf dem Parteitag eine stark beachtete Rede, in der er sowohl die innerpolitische wie auch die außenpolitische Situation Frankreichs als äußerst ernst bezeichnete und den Kongreß davor warnte, Beschlüsse zu fassen, über deren Konsequenzen nicht die letzte Klarheit herrscht.